

Schulz, Heinz-Friedrich; Keschull, Dietrich; Schlüter, Friedhelm; Maurer, Gerhard

Article — Digitized Version

Zweite Welthandelskonferenz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schulz, Heinz-Friedrich; Keschull, Dietrich; Schlüter, Friedhelm; Maurer, Gerhard (1968) : Zweite Welthandelskonferenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 2, pp. 63-70

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/133806>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Gewährung von Zollpräferenzen genügt nicht

Interview*) mit dem stellvertretenden amtierenden Leiter der deutschen Delegation der 2. Welthandelskonferenz, Dr. Heinz-Friedrich Schulz

Seit Anfang des Monats tagt in Neu-Delhi die zweite Welthandelskonferenz. Nach mehreren Jahren wenig erfolgreicher Entwicklungshilfe sind harte Auseinandersetzungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern zu erwarten. Eine Neuorientierung der Entwicklungshilfepolitik wird daher erforderlich sein. Aufgabe der deutschen Delegation ist es einerseits, den Forderungen der Entwicklungsländer neue Ideen und Maßnahmen zur Handelsausweitung gegenüberzustellen, andererseits kann sie als Vermittler zwischen streitenden Parteien tätig werden. Wir sprachen mit Dr. Schulz, dem stellvertretenden amtierenden Leiter der deutschen Delegation, kurz vor der Abreise zur Welthandelskonferenz.

WIRTSCHAFTSDIENST: Herr Dr. Schulz, gelegentlich ist gesagt worden, daß das Jahrzehnt der Entwicklung, das die Vereinten Nationen verkündet haben, zu einem Jahrzehnt der Enttäuschung zu werden drohe. Worin liegen Ihrer Meinung nach die wesentlichen Ursachen für die immer noch bestehende und sogar ständig wachsende wirtschaftliche und soziale Lücke zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern?

SCHULZ: Die Antwort auf eine so komplexe Frage ist sehr schwierig. Denn jedes Entwicklungsland hat eine ganz spezielle Situation. Ich möchte aber meinen, daß sich dennoch ganz allgemein einige Tatbestände herausstellen lassen. Die Mehrzahl der Entwicklungsländer befindet sich in ihren Produktions- und Sozialstrukturen noch in einem Stadium, das die Industrienationen seit langem überwunden haben. Sie haben außerdem — das gilt allerdings nicht

für alle Länder — ein explosives Bevölkerungswachstum, das es sehr schwierig macht, den wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß mit dem notwendigen Erfolg voranzutreiben. Sie haben einen eklatanten Mangel an dem notwendigen menschlichen und technischen Potential. Dieser Ausbildungsrückstand wird durch eine gesellschaftliche und soziologische Rückständigkeit noch verstärkt. Es fehlt diesen Ländern vor allem auch, trotz ihrer Bemühungen, an dem

notwendigen Fachpersonal. Es kommt weiter hinzu, daß die für die wirtschaftliche Fortentwicklung notwendige Ausweitung der Exporte dieser Länder nicht in dem erwarteten Maße vorankommt. Das liegt nicht allein daran, daß diese Länder noch kein ausreichendes Produktionspotential haben. Es mangelt auch an dem notwendigen technischen Wissen und dem erforderlichen Kapital. Schließlich ist es nicht leicht für die Entwicklungsländer, in Märkte einzudringen, in denen schon alte traditionelle Handelsbeziehungen vorhanden sind. Nur wenn die Entwicklungsländer in der Lage sind, konkurrenzfähige Waren anzubieten, haben sie eine Chance, ihre Exporte zu steigern.

WIRTSCHAFTSDIENST: Zur Intensivierung des Handels zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern tagt jetzt die zweite Welthandelskonferenz in Neu-Delhi.

HEINZ-FRIEDRICH SCHULZ

Jahrgang 1909, studierte Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin und Jena. Nach seiner Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium arbeitet er seit 1951 im Bundeswirtschaftsministerium. Er befaßte sich vor allem mit Fragen der Handelspolitik, der Devisenbewirtschaftung und des Auslandsmessewesens. Dr. Schulz gilt als der Ziehvater des deutschen Außenwirtschaftsgesetzes. Heute leitet er das Referat für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bundeswirtschaftsministerium. Im Februar und März nimmt Dr. Schulz als stellvertretender amtierender Leiter der deutschen Delegation an der zweiten Welthandelskonferenz in Neu-Delhi teil.

*) Interviewer: Dietrich Kebschull und Friedhelm Schlüter

Die Position der Entwicklungsländer

Die Entwicklungsländer haben ihre Forderungen für die zweite Welthandelskonferenz auf der Tagung von Algier festgelegt. Neben allgemein gefaßten Direktiven zur Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern enthält die Ende November 1967 verabschiedete „Charta“ sehr detaillierte Vorschläge zur Verringerung der wirtschaftlichen Lücke zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.

□ Zur Erleichterung der Ausfuhr verlangt man von den Industrieländern langfristig die Beseitigung aller Einfuhrrestriktionen für Rohstoffe und Halbfertigwaren. Zugleich soll ein vollständiges Liberalisierungsprogramm für Fertigwaren ausgearbeitet werden. Als Sofortmaßnahme wird eine allgemeine, nicht-diskriminierende Präferenzierung durch alle Industrieländer gefordert. Die im Rahmen der Kennedy-Runde vorgeschlagenen Zollsenkungen für Rohstoffe sind gegenüber den Entwicklungsländern sofort und ohne Gegenleistung durchzuführen. Soweit vorhandene Präferenzen durch die Neuregelungen abgeschafft werden, verlangen die Entwicklungsländer die Einräumung gleichwertiger Vorteile. Die sozialistischen Länder sollen statt der Präferenzen Zugeständnisse von gleicher Wirkung machen.

□ Für alle wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind so schnell wie möglich allgemeinverbindliche Warenabkommen zu schließen. Besonders dringlich ist die Ausarbeitung eines Kakao- und Zuckerabkommens. Ähnliche international wirksame Verträge werden für industrielle Rohstoffe angestrebt. Zur kurzfristigen Markt-

stabilisierung sollen allgemein Buffer Stocks eingerichtet werden, die durch internationale Finanzierungsinstitute oder direkt von einzelnen Industrieländern finanziert werden.

□ Um ein marktgängiges Warenangebot produzieren zu können, wird eine verstärkte technische und finanzielle Unterstützung der Diversifizierungsbemühungen gefordert. Es ist an spezielle Fonds zur Durchführung der Diversifizierungsprogramme gedacht. Die Programme sollen sich insbesondere auf den Aufbau von Exportindustrien konzentrieren.

□ Produzieren Industrie- und Entwicklungsländer die gleichen Güter, so sollen die Industrieländer durch eine Produktionseinschränkung den notwendigen Absatzspielraum für die Entwicklungsländer sichern. Auf jeden Fall soll ein hoher Prozentsatz der jährlichen Bedarfssteigerung durch Produkte aus Entwicklungsländern gedeckt werden. Güter, deren Produktion in den Industrieländern unwirtschaftlich ist, sollen voll und ganz den Entwicklungsländern überlassen werden. Die Subventionierung dieser Produkte ist aufzuheben. Um den Absatz zu erleichtern, soll eine verstärkte internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Handelsinformation durchgesetzt werden.

□ Zur Finanzierung der Entwicklungsprogramme sollen die Industrieländer jährlich 1 % ihres Bruttosozialprodukts zur Verfügung stellen. Die Reserven der internationalen Finanzierungsinstitute sollen aufgefüllt bzw. erhöht werden. Außerdem ist der Schuldendienst durch Verlängerung der Kreditfristen und niedrige Zinssätze zu erleichtern.

Worin sehen Sie längerfristig die Hauptaufgaben dieser Konferenz?

SCHULZ: Nach unserer Ansicht ist es weniger die Aufgabe der Konferenz, kurzfristig für alle möglichen Fragen Patentlösungen zu finden, wie es in der Algier-Charta verlangt wird. Vielmehr sollte sie sich längerfristig die Beseitigung jener Grundhindernisse zum Ziel setzen, die als Hauptgründe für den Rückstand der Entwicklungsländer anzusehen sind. D. h. die Aufgabe der Konferenz müßte vor allen Dingen darauf gerichtet sein, die Entwicklungsländer zu einem neuen Bewußtsein des Entwicklungsprozesses zu führen, das sich in Änderungen der Produktionsstrukturen und der sozialen und gesellschaftlichen Strukturen niederschlägt. Außerdem muß — entsprechend unserer Grundauffassung für einen liberalen Weltmarkt — die Abneigung gegen Privatinvestitionen überwunden werden. Denn nur durch Privatinvestitionen wird auf die Dauer genügend Kapital und technisches Wissen in diese Länder fließen und sie auf einen Entwicklungsstand bringen, der dem der Industrieländer vergleichbar ist.

Die längerfristigen Aufgaben der Konferenz sollten weniger darauf gerichtet sein, die restlichen — verhältnismäßig geringen — Handelshemmnisse abzubauen, sondern mehr darauf, den Entwicklungsländern das nötige Export-Marketing-Wissen zu vermitteln und sie in den Stand zu setzen, nicht nur in die Länder zu exportieren, in denen sie bereits Fuß gefaßt haben, sondern vielmehr sämtliche Exportmöglichkeiten, die sich ihnen auf den Märkten der Industrieländer bieten, auszuschöpfen.

So wurden z. B. die Einfuhrmöglichkeiten auf dem deutschen Markt für einige Baumwolltextilien nicht voll ausgenutzt, weil die Entwicklungsländer selbst sich nicht genügend um den neuen Markt bemühten. Sie vertrauten vielmehr auf traditionelle Exportmärkte, wie z. B. Großbritannien, wohin der Export für sie einfacher ist. Ob-

wohl ein Bedarf bestände, schaffen sie es nicht, hier in Deutschland Fuß zu fassen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Hier läge sicherlich ein Ansatz für eine wirkungsvolle Entwicklungshilfe durch die Industrienationen. Doch welchen Beitrag können und sollten die Entwicklungsländer zunächst selbst für den Aufbau ihrer Exportwirtschaft und für die Erschließung neuer Märkte leisten?

SCHULZ: Nach unserer Auffassung — und das ist wohl auch die Auffassung der Mehrzahl der westlichen Länder — müssen die Entwicklungsländer vor allem ihre Abneigung gegen ausländische Investitionen überwinden, die sie sehr oft als eine Form der Beeinträchtigung ihrer Souveränität und auch als eine Art Neo-Kolonialismus ansehen. Es gibt Beispiele dafür, daß Länder, die sich von diesen Vorurteilen freimachen, einen Aufschwung ihrer Wirtschaft erleben — so z. B. die Elfenbeinküste in Afrika.

Die Entwicklungsländer müssen bereit sein — das ist eine notwendige Voraussetzung für zunehmende Privatinvestitionen ausländischer Unternehmer —, diesen Investoren einen geeigneten Investitions-Rechtsschutz sowie entsprechende Garantien für ihr Eigentum und für den Transfer ihrer Erlöse zu geben. Mit einer ganzen Reihe von Ländern konnten solche Investitionsschutzverträge bereits geschlossen werden, aber bei vielen Ländern, insbesondere in Südamerika, bestehen große Schwierigkeiten, die auf das Grundübel des Mißtrauens gegenüber ausländischen Investitionen zurückzuführen sind.

Darüber hinaus müssen die Entwicklungsländer versuchen, ein eigenes Unternehmertum heranzubilden. Und sie müssen weiterhin dazu beitragen, daß sich in ihrem eigenen Land mehr eigenes Kapital akkumuliert. Es ist eine bekannte Tatsache, daß vor allem aus südamerikanischen Ländern das eigene Kapital z. B. nach Europa verlagert wird, während aus den Industrie-

Die Position der Industrieländer

Die Industriestaaten, die in der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengeschlossen sind, werden auf der zweiten Welthandelskonferenz in Neu-Delhi eine Studie über Welternährungsfragen und einen gemeinsamen Vorschlag über die Einführung von Zollpräferenzen für die Importe aus Entwicklungsländern vorlegen. Eine Sondergruppe der OECD hat in den vergangenen zwei Jahren Richtlinien zu letzterem Problem ausgearbeitet, die auf der Ministerratsitzung der Organisation am 30. 11. und 1. 12. 1967 in Paris diskutiert wurden.

Grundsätzlich haben alle Mitgliedsstaaten der Einführung von Zollpräferenzen für Halb- und Fertigfabrikate, die allen Entwicklungsländern einseitig, d. h. ohne Gegenleistung gewährt werden sollen, zugestimmt. Über die Einzelheiten eines solchen Systems gehen die Meinungen allerdings sehr auseinander. Offensichtlich kommt eine generelle Zollsenkung oder -befreiung für alle Halb- und Fertigfabrikate aus Entwicklungsländern nicht in Betracht. Die Vertreter der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens in der Vierer-Sondergruppe befürworten ein Zollquotensystem, d. h. eine Zollbefreiung für Importe, die auf einen bestimmten Prozentsatz der inländischen Produktion begrenzt wird. Andere OECD-Staaten haben eine Schutzzollklausel vorgeschlagen, um sich dagegen absichern zu können, daß inländische Industriezweige durch billige Importe gefährdet werden.

Ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen noch über die Frage, wie die schon vorhandenen Präferenzsysteme zu behandeln sind. Der-

artige Zollpräferenzen sind zwischen den EWG-Mitgliedern und ihren assoziierten afrikanischen Staaten sowie innerhalb des Commonwealth vereinbart worden, und zwar im Widerspruch zum OECD-Vorschlag auf der Basis der Gegenseitigkeit. Vor allem die USA und die Schweiz stimmen dafür, diese Präferenzen völlig in einem allgemeinen System zugunsten aller Entwicklungsländer aufgehen zu lassen, während die EWG und Großbritannien dazu neigen, die Vorzugsbehandlung der ihnen angeschlossenen Staaten beizubehalten und zwei verschiedene Zollsenkungssysteme einzuführen.

Alle Industriestaaten sind sich aber darin einig, daß ein Präferenzsystem — wie es auch immer aussehen wird — auf eine bestimmte Zeit, etwa zehn Jahre, befristet und dann in einen weltweiten Zollabbau eingegliedert werden sollte. Nur unter dieser Bedingung könnte das GATT die neue Regelung akzeptieren, da sie dem von ihm vertretenen Prinzip der Meistbegünstigung widerspricht.

In der Studie über Ernährungsprobleme der Entwicklungsländer legt OECD-Generalsekretär Kristensen dar, daß die Industriestaaten zur Steigerung der Agrarproduktion der Entwicklungsländer beitragen und ihnen vor allem bei der Finanzierung der benötigten Nahrungsmittelimporte helfen müssen. Es wird vorgeschlagen, innerhalb der OECD die Nahrungsmittelhilfe, besonders von Weizen und Milchpulver, gemeinsam zu organisieren. Außerdem wird dafür plädiert, daß die Industriestaaten ihre Agrarpolitik modifizieren, um den Entwicklungsländern Absatzmärkte für ihre Erzeugnisse zu schaffen.

staaten ein entsprechender Strom von Kapital in diese Länder fließt. D. h. also, daß die Entwicklungsländer selbst Vertrauen in ihre eigene Wirtschaft und deren Zuverlässigkeit haben müssen.

Soweit Entwicklungsländer, deren Exporte heute noch zu über 80 % aus Rohstoffen bestehen, sich in ihrem Land auf die Herstellung von ein oder zwei Produkten konzentrieren, muß ihr Bemühen darauf gerichtet sein, diese Abhängigkeit abzubauen. Das wäre möglich durch eine horizontale Diversifizierung, d. h. indem eine Mehrzahl von Grundstoffen hergestellt wird, und durch eine vertikale Diversifizierung, die sich in dem Bereich der Weiterverarbeitung der Grundstoffe und in der Entwicklung neuer Produktionen von Halbferdigwaren bewegt. Aber eine derartige Diversifizierung können die Entwicklungsländer nur mit Hilfe der Industrienationen durchführen.

WIRTSCHAFTSDIENST: In Algier haben die Entwicklungsländer versucht, vor Beginn der Konferenz ihre Haltung festzulegen. Die Industrieländer haben sich im Rahmen der OECD in Paris ebenfalls geeinigt. Damit sind jetzt die Fronten abgesteckt. Besteht nun nicht die Gefahr, daß das Hauptmerkmal der Konferenz in Neu-Delhi eher Konfrontation als Verhandlung sein wird?

SCHULZ: Grundsätzlich muß zunächst ein Unterschied zwischen dem Ergebnis der Konferenz der „Gruppe der 77“ in Algier und den Erörterungen der Industrieländer im Rahmen der OECD gemacht werden: In Algier schloß die Konferenz mit einem Ergebnis, das als Charta von Algier bezeichnet worden ist und das die Maximalforderungen, auf die sich die Entwicklungsländer einigen können, in einem sogenannten Aktionsprogramm zusammenfaßt. In Neu-Delhi wird sich zeigen ob die einzelnen Entwicklungsländer an den Maximalforderungen von Algier festhalten oder ob sich gemäßigte Kräfte durchsetzen.

In Paris dagegen stimmten sich die westlichen Industrieländer lediglich in der Frage der Gewährung von Zollpräferenzen an die Entwicklungsländer ab. In dieser Frage konnte Einigung über gewisse Grundsätze und wesentliche Elemente erzielt werden. Weiterhin wurde eine ständige und regelmäßige Abstimmung der Standpunkte der einzelnen Industrieländer im Rahmen der OECD und des DAC vereinbart. Es kann jedoch nicht gesagt werden, daß die westlichen Industrieländer ihre Haltung für Neu-Delhi bindend festgelegt haben. Im Gegenteil, die einzelnen Industrieländer sind völlig frei in ihren Haltungen.

Ob es zu Konfrontationen statt zu Verhandlungen kommen wird, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen. Die Gefahr grundlegender Meinungsverschiedenheiten besteht sicherlich. Ob sie aber eintreten, hängt entscheidend davon ab, ob in der ersten Phase der Konferenz die Entwicklungsländer und die Industrieländer bereit sein werden, so weit von ihren eigenen Vorstellungen abzuweichen, daß es zu Kompromissen kommt. Ein sehr hartes Bestehen beider Seiten auf ihren Haltungen in dieser Phase kann durchaus die Gefahr der Konfrontation zur Wirklichkeit werden lassen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sehen Sie in der Tatsache, daß die Regierung Johnson ihre Entwicklungshilfeleistungen in diesem Jahr erheblich gekürzt hat, eine zusätzliche Bedrohung für das Verhältnis zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern?

SCHULZ: Auf der ersten Welt-handelskonferenz 1964 in Genf haben die Industrieländer — und damit auch die Vereinigten Staaten — die Empfehlung angenommen, soweit es irgend möglich ist, 1 % des Volkseinkommens als Entwicklungshilfe zu gewähren. Die Geberländer waren mit unterschiedlichem Erfolg bestrebt, dieser Empfehlung zu folgen und sich dem Soll von 1 % anzunähern. Die Bundesrepublik Deutschland z. B.

hat diese 1 %-Klausel nicht erfüllen können. Die Amerikaner haben im Jahre 1966 relativ noch weniger Entwicklungshilfe gegeben, und die Japaner sind noch hinter den Leistungen der Amerikaner geblieben.

Wenn jetzt die amerikanische Entwicklungshilfe im Jahre 1967 nochmals gekürzt wurde, so kann eventuell damit gerechnet werden, daß die amerikanische Delegation in Neu-Delhi zum Ausgleich auf handelspolitischem Gebiet zu mehr Zugeständnissen an die Entwicklungsländer bereit ist und damit ihren Willen dokumentiert, die versprochenen Entwicklungshilfeleistungen möglichst zu erfüllen. Ob jedoch eine derartige Verlagerung der Hilfe tatsächlich eintreten wird, kann endgültig nicht beurteilt werden, da die Vereinigten Staaten ihre Haltung für Neu-Delhi nicht in jedem einzelnen Punkt vor der Konferenz zu erkennen gegeben haben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie sehen die Maßnahmen der Bundesrepublik aus, um den in den letzten Jahren gesunkenen Entwicklungshilfeanteil am Volkseinkommen wieder der 1 %-Quote anzunähern?

SCHULZ: Die 1 %-Quote umfaßt sowohl die privaten als auch die öffentlichen Kapitalhilfeleistungen. Den öffentlichen Kapitalhilfeleistungen wurde in der mehrjährigen Finanzplanung eine hohe Priorität zuerkannt. Es wird versucht, in den nächsten Jahren eine Steigerungsrate von durchschnittlich 11 % zu erreichen. Durch eine Förderung der privaten Investitionen, z. B. durch Verbesserung des Entwicklungshilfesteuergesetzes, wird gleichzeitig versucht, auch die privaten Kapitalhilfeleistungen zu erhöhen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Die Mehrzahl der Entwicklungsländer ist — wie bereits erwähnt wurde — auf den Export weniger Produkte angewiesen, deren Erlöse zudem sehr stark schwanken. Welche Chance sehen Sie für eine Steigerung der Exporterlöse durch eine internationale Preispolitik?

SCHULZ: Exporterlöse setzen sich aus zwei Komponenten zusammen: aus den Preisen und den Mengen. Abgesehen davon, daß die Angebots- und Nachfrageverhältnisse auf den einzelnen Grundstoffmärkten zu heterogen sind, um für alle Rohstoffe eine erfolgreiche internationale Preispolitik durchführen zu können, muß nach unserer Ansicht in dieser Frage das Schwergewicht stärker auf Ausfuhrerlöse als auf Preise gelegt werden. In der Bundesrepublik wird deshalb mindestens ebensoviel Wert auf die Entwicklung der Mengennachfrage gelegt wie auf die Preisentwicklung. Um ein Beispiel zu nennen: In Deutschland bestehen relativ niedrige Einfuhrpreise für Bananen. Das allein wäre für die Entwicklungsländer ungünstig. Die niedrigen Preise haben aber in Verbindung mit einer starken Mengenkonzunktur dazu geführt, daß die exportierenden Entwicklungsländer auf dem deutschen Markt die größten Erlössteigerungen erzielt haben.

WIRTSCHAFTSDIENST: Gibt es Beispiele für eine auf einen Markt begrenzte, erfolgreiche internationale Rohstoffpolitik, die für die Zukunft richtungweisend sein könnten?

SCHULZ: Ein Beispiel ist das Kaffee-Abkommen, das vor mehr als fünf Jahren abgeschlossen worden ist und das dazu geführt hat, daß die Kaffee erzeugenden Länder eine Steigerung ihrer Ausfuhrerlöse von etwa 600 Mill. Dollar erzielt haben. Dabei wurde davon ausgegangen, daß ein Kompromiß zwischen der Entwicklung der Mengennachfrage und der Sicherung angemessener Preise erzielt werden muß. Ob dieses Abkommen für weitere fünf Jahre verlängert wird, ist im Augenblick Gegenstand sehr schwieriger Verhandlungen.

Ähnlich schwierig waren die Verhandlungen über ein Kakao-Abkommen, das aber bisher noch nicht abgeschlossen werden konnte. Hier sind trotz bereits erzielter Teilergebnisse noch erhebliche Interessengegensätze zu überwinden.

Daneben gibt es Bestrebungen zum Abschluß eines internationalen Zuckerabkommens; ein Zinnabkommen existiert bereits, und schließlich wird in wenigen Monaten auch ein Weizenabkommen in Kraft treten.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie beurteilen Sie den Plan, den Entwicklungsländern durch eine Ergänzungsfinanzierung die Möglichkeit zu geben, ihre Entwicklungspläne bei unerwartet und unverschuldet zurückgehenden Exporterlösen zu verwirklichen?

SCHULZ: Dazu bedarf es zunächst einmal langfristiger und genauer Vorausschätzungen der Exporterlöse. Denn sie sollen nach dem Plan der Ergänzungsfinanzierung als Grundlage für eine automatische Zahlung aus einem Fonds dienen. Derartige Prognosen sind aber schwer zu erstellen. Die Bindung an unsichere Schätzungsverfahren läßt deshalb auch den gesamten Plan zu einem schwer durchführbaren, theoretischen System werden. Die Bundesrepublik befürwortet aus diesem Grunde ein mehr pragmatisches Vorgehen, ohne dabei einen bestimmten Plan zu haben. Sie ist aber bereit, das System als solches auf der Konferenz zu erörtern.

WIRTSCHAFTSDIENST: Bestehen Aussichten, daß die Verhandlungen über Zollpräferenzen für Entwicklungsländer, die einen der Kernpunkte der Konferenz darstellen, auf breiter Ebene zu praktischen Ergebnissen führen werden?

SCHULZ: Über die Ausgestaltung eines Zollpräferenzsystems haben sich sowohl die Entwicklungsländer wie auch die Industrieländer innerhalb der OECD Gedanken gemacht. Die OECD-Mitgliedsländer sind sich über gewisse Grundsätze einig, die nach dem gegenwärtigen Stand der Erörterungen in der einen oder anderen Form den Entwicklungsländern in Neu-Delhi vorgelegt werden sollen. Es besteht auch die Bereitschaft, über die nähere Ausgestaltung eines solchen Systems mit den Entwicklungsländern zu sprechen. Doch soll

mit den Entwicklungsländern kein Abkommen über die Gewährung von Präferenzen geschlossen werden. Vielmehr beabsichtigen die Industrieländer, den Entwicklungsländern autonom, d. h. ohne Abkommen und allein auf Grund ihres freien Willens, Präferenzen einzuräumen. Dabei muß im GATT eine Ausnahme genehmigung, ein sogenannter „waiver“ beantragt werden, da Präferenzen eine Abweichung von der Meistbegünstigungsklausel des Artikel I des GATT darstellen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Es gibt heute bereits eine Gruppe von präferenzierten Entwicklungsländern. Wie ist die Haltung dieser Länder zu einer allgemeinen Präferenzierung? Werden sie zustimmen oder werden sie — soweit man das heute schon beurteilen kann — Sonderpräferenzen verlangen, um ihre alte Position zu erhalten?

SCHULZ: Damit schneiden Sie eine der schwierigsten Fragen an, die mit der Gewährung von Zollpräferenzen verbunden sind. Denn weder die Industrieländer noch die Entwicklungsländer vertreten bisher eine einheitliche Meinung darüber, was mit den bestehenden Regionalpräferenzen und den Gegenpräferenzen, d. h. den Präferenzen, die die Entwicklungsländer bestimmten Industrieländern gewähren, geschehen soll. Ich glaube, es besteht keinerlei Aussicht, daß auf der Konferenz in Neu-Delhi eine gemeinsame Haltung der Industrieländer oder der Entwicklungsländer erreicht werden kann.

Da die Frage jedoch mit dem Abkommen von Jaunde im Zusammenhang steht, über dessen Erneuerung zwischen den EWG-Ländern ohnehin im Laufe dieses Jahres Verhandlungen aufgenommen werden, wird dabei sicherlich auch die Frage der Regional- und Gegenpräferenzen geklärt werden müssen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Aber die Präferenzregelung, das läßt sich sicher sagen, wird einen der Hauptpunkte der Konferenz in Neu-Delhi bilden. Sind Präferenz-

systeme in der vorhandenen Form oder vielleicht auch in einer zukünftigen Form überhaupt geeignet, um die Entwicklungsländer stärker in die Weltwirtschaft einzugliedern?

SCHULZ: Gewiß ist die Gewährung von Zollpräferenzen kein Allheil- oder Wundermittel. Den Entwicklungsländern werden durch die Gewährung von Zollpräferenzen jedoch gewisse Vorteile gegeben, die aber allein nicht ausreichen werden, ihnen die Märkte der Industrieländer in vollem Umfang zu erschließen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind weitere Handelsförderungsmaßnahmen erforderlich.

WIRTSCHAFTSDIENST: Welche deutschen Institutionen werden im Rahmen der Entwicklungshilfe tätig, um diese weitergehende Handelsförderung durchzusetzen?

SCHULZ: Als staatliche Organisation ist zunächst die Bundesstelle für Außenhandelsinformation (BfA) in Köln zu nennen. Eine Abteilung der BfA unterhält die Verbindung zu dem GATT-Handelszentrum in Genf und stellt den Entwicklungsländern z.B. Informationen über die deutschen Einfuhrbestimmungen und über die Absatzmöglichkeiten zur Verfügung oder beantwortet Einzelanfragen. Darüber hinaus gibt es die Ländervereine und den Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, die die Ausfuhrbemühungen der Entwicklungsländer unterstützen. Aus Mitteln der technischen Hilfe werden den Entwicklungsländern darüber hinaus Beihilfen für Messen gegeben oder Seminare zur Ausbildung von Exportfachleuten finanziert, um auf diesem Wege die Exportvoraussetzungen in den Entwicklungsländern zu schaffen. Von dieser Seite erfahren die handelspolitischen Maßnahmen somit eine ganz wesentliche Unterstützung.

WIRTSCHAFTSDIENST: Ließe sich der Absatz von Produkten aus Entwicklungsländern auf dem deutschen Markt auch dadurch fördern, daß der Importhandel bei einer intensiven Markterschließung im Rahmen der Entwicklungshilfen

staatlich unterstützt wird, daß ihm z. B. das Risiko der Beschaffung durch Kreditgarantien weitgehend abgenommen wird?

SCHULZ: Das ist ein interessanter Gedanke. Kreditgarantien des Staates für Einfuhren aus den Entwicklungsländern hätten sicherlich zur Folge, daß die Importeure in größerem Umfang als bisher und mit weniger Vorsicht als bisher Waren aus den Entwicklungsländern einführen. Aber ich glaube, den Entwicklungsländern würde damit ein schlechter Dienst erwiesen. Denn es wird nicht zu erwarten sein, daß ihre Ausfuhrdisziplin dadurch gefördert wird. Die Ausfuhrdisziplin können wir nur fördern, indem den Entwicklungsländern vor Augen geführt wird, daß ihre Exporte zurückgehen, wenn sie sich nicht an Bedingungen halten, die sie mit einem deutschen Importeur eingegangen sind.

Im übrigen glaube ich, daß die zur Verfügung stehenden Mittel in den obengenannten Gebieten — also z. B. zur Finanzierung von Beteiligungen an Messen oder der Ausbildung von Exportfachleuten — besser eingesetzt werden als auf dem von Ihnen jetzt angeschnittenen Gebiet.

WIRTSCHAFTSDIENST: Gerade die Messepolitik ist aber nicht ohne Probleme. In Berlin fand seit einigen Jahren innerhalb der Deutschen Industrieausstellung eine Spezialveranstaltung „Partner des Fortschritts“ statt. Sie sollte Exporteuren und Produzenten aus Entwicklungsländern Gelegenheit geben, den deutschen Markt kennenzulernen und Kontakte herzustellen. Ausgerechnet diese Sonderausstellung hat im letzten Jahr nicht stattgefunden. Ist das ein Zeichen dafür, daß die deutsche Förderung gegenüber den Entwicklungsländern auf diesem Gebiet nachläßt?

SCHULZ: Ich möchte nicht auf die Gründe eingehen, die die Stadt Berlin veranlaßt haben, die Ausstellung „Partner des Fortschritts“ im Jahre 1967 nicht zu veranstalten. In diesem Jahr soll die Aus-

stellung auch wieder stattfinden. Es ist aber nicht zulässig, aus dem einmaligen Ausfall der Veranstaltung zu schließen, daß die deutschen Förderungsmaßnahmen eingeschränkt worden wären. Im Gegenteil. Die Mittel für die Unterstützung von Beteiligungen der Entwicklungsländer an deutschen Messen und Ausstellungen sind nach wie vor vorhanden. Sie sind sowohl im Haushalt 1967 als auch im Haushalt 1968 vorgesehen. Auch ist in keiner Weise beabsichtigt, die Einstellung der Bundesrepublik gegenüber der Entwicklungshilfe zu ändern. Vielmehr sind Maßnahmen ergriffen worden, die die deutsche Entwicklungshilfe verbessern und die eine höhere Effizienz erreichen sollen. Es besteht also nicht die Absicht, die Entwicklungshilfemaßnahmen der Bundesrepublik einzuschränken — weder auf handelspolitischem Gebiet noch auf finanziellem Gebiet.

WIRTSCHAFTSDIENST: Sie erwähnten die BfA und den Bundesverband des Groß- und Außenhandels als Institutionen, die sich um die Handelsförderung der Entwicklungsländer verdient machen. Was halten Sie von dem Vorschlag, den Export der Entwicklungsländer durch Unterstützung eines nationalen deutschen Handelszentrums stärker zu fördern?

SCHULZ: Ich kann mir im Augenblick noch nicht gut vorstellen, wie ein derartiges nationales Handelszentrum aussehen sollte. Die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen stellt ihrem Wesen nach jedoch ein Handelszentrum dar, das — wie vorhin schon gesagt wurde — auch in Zusammenarbeit mit dem GATT-Handelszentrum — eine Reihe von unterstützenden Maßnahmen für die Förderung des Absatzes von Produkten aus Entwicklungsländern auf dem deutschen Markt getroffen hat. Und neben der Vermittlung von Informationen der BfA an Exporteure in Entwicklungsländern hat die Bundesregierung bereits vor ein- einhalb oder zwei Jahren die deutschen Botschaften und Vertretun-

gen im Ausland aufgefordert, der Frage der Warenausfuhr aus den Gastländern in die Bundesrepublik besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

WIRTSCHAFTSDIENST: Reicht aber die Tätigkeit der BfA auf diesem Gebiet aus? Welche Art von Informationen vermittelt sie? Beschränkt sie sich auf allgemeine Angaben, z. B. über bestimmte Gesetze und Verordnungen, oder gibt sie gezielte Anweisungen über die Gestaltung und Ausstattung eines potentiellen Exportproduktes sowie über die geeigneten Absatzwege auf dem deutschen Markt?

SCHULZ: Derartige Einzelfragen werden meiner Meinung nach — wenn sie überhaupt gestellt werden — so gut wie möglich durch gezielte Anweisungen beantwortet. Diese Art der Unterrichtung und Information wird durch die BfA in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, wie z. B. der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Carl-Duisberg-Gesellschaft und der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, in Form von Seminaren durchgeführt.

WIRTSCHAFTSDIENST: Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten eines gemeinsamen Handelszentrums der

UNCTAD und des GATT, um den Handel der Entwicklungsländer zu fördern?

SCHULZ: Wir unterstützen und begrüßen die Gründung dieses gemeinsamen Zentrums vor allem deshalb, weil durch die Fusion mehr Mittel zur Verfügung stehen werden. Wenn diese Institution sachkundig geleitet wird und die bisherigen Mitarbeiter auch dem neuen Handelszentrum erhalten bleiben, kann es sicherlich dazu beitragen, die handelsfördernde Tätigkeit des GATT durch Ausbildung von Unternehmern und Fachleuten erheblich zu erweitern und zu unterstützen.

Erste Eindrücke von der Welthandelskonferenz

Gerhard Maurer, Neu-Delhi

Welche Bedeutung den Verhandlungen der zweiten Welthandelskonferenz in Neu-Delhi zugemessen werden muß, ergibt sich allein aus Überlegungen darüber, was geschähe, wenn der gemeinsame Versuch der 132 Nationen, eine „Welt ohne Not, Elend und Hoffnungslosigkeit“ zu schaffen, scheiterte. Die Folgen wären schrecklich, hieß es in vielen der Eröffnungsansprachen!

Politische Notwendigkeit

Die Vertreter der Entwicklungsländer sind deshalb hinsichtlich der Chancen zur Verwirklichung ihrer Forderungen durchaus optimistisch, denn sie argumentieren, die Annahme ihrer Vorschläge läge auch im Interesse der Industrienationen: Sollte es nicht gelingen, die ständig wachsende Kluft zwischen arm und reich in der Welt zu überwinden, dann wird wirtschaftliche Rückständigkeit immer wieder im-

mer größere Konflikte verursachen. Wird es selbst durch kühnste Anstrengungen nicht gelingen, die Pläne für eine bessere Welt zu verwirklichen, dann werden die Völker aufbegehren und gewalt-sam Änderungen herbeiführen.

Frau Indira Gandhi faßte dieses Argument in ihrer Eröffnungsansprache wie folgt zusammen: „Für die entwickelten Nationen heißt die Frage nicht, ob sie es sich leisten können, den Entwicklungsländern zu helfen, sondern ob sie es sich leisten können, dies nicht zu tun.“ Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller übernahm dieses Zitat in seine Darstellung des deutschen Standpunktes vor dem Plenum.

So ist auch der Repräsentant des Gastlandes und Präsident der Konferenz, der indische Handelsminister Shri Dinesh Singh, der Ansicht, daß es nicht etwa um Interessenkonflikte einzelner Länder

geht. Gegensätze sieht er vielmehr zwischen dem langfristigen Erfordernis, die Rückständigkeit in den Entwicklungsländern zu beseitigen, und den kurzfristigen Möglichkeiten einer Entwicklungshilfe durch die Industrieländer. Er hält es als Präsident der Konferenz für seine dringendste Aufgabe, die langfristige Betrachtung ins Zentrum der Bemühungen zu rücken, denn auf lange Sicht müssen die Interessen aller Nationen harmonieren.

Entwicklungshilfe trotz Schwierigkeiten der Industrienationen

Shri Dinesh Singh trat ganz entschieden dem Einwand entgegen, die Konferenz komme zum falschen Zeitpunkt zusammen. Zwar werden die Konjunkturlage in einigen Industrienationen, die Sterling- und die Dollarkrise, der Vietnamkonflikt sowie die Tatsache, daß das Jahr 1968 für die USA ein Wahljahr ist, die Bereitschaft der Ge-

berländer mindern, neue Verpflichtungen einzugehen. Der Präsident der Konferenz wies jedoch darauf hin, daß die Notwendigkeit wirksamer Maßnahmen zur Korrektur der sich ständig verschlechternden Situation in den Entwicklungsländern nie größer war und daß die Lage sich nur verschlechtern würde, wenn man der Entwicklung freien Lauf ließe.

Bei dieser weltweiten Begegnung muß deshalb verhindert werden, so Indira Gandhi, daß die Gelegenheit, die Weichen für Frieden und Wohlstand zu stellen, erneut nicht genutzt wird. Keineswegs, so warnte auch der Generalsekretär der Welthandelskonferenz Raúl Prebisch, dürfe die zeitbedingte Rücksichtnahme auf augenblickliche Schwierigkeiten verhindern, daß für langfristig geplante Strategien die geeigneten Maßnahmen vereinbart werden — selbst wenn diese zeitweise nicht in dem erforderlichen Ausmaß verwirklicht werden können.

Die Vertreter der Industrienationen sind bereit, darüber zu diskutieren, was getan werden könnte, um die Lage in den Entwicklungsländern zu verbessern. Dabei sind ihre Überlegungen allerdings davon geleitet, hohe finanzielle Kosten und schwierige strukturelle Umstellungen zu umgehen.

Im Gegensatz dazu fordern die Vertreter der Entwicklungsländer, was getan werden muß, um bestimmte Wachstumsziele zu erreichen. Sie sind der Meinung, daß auch in den Industrienationen diesen — allein den Frieden in der Welt garantierenden — Maßnahmen höhere politische Priorität zuerkannt werden muß als internen finanzpolitischen und strukturpolitischen Erwägungen.

Die fünf Hauptausschüsse

Bei vielen der rund 1500 Repräsentanten aus 132 Ländern und der etwa 500 Delegierten der Tochterorganisationen der Vereinten Nationen und der internationalen

zwischenstaatlichen und privaten Organisationen treten schon jetzt Befürchtungen auf, daß selbst 8 Wochen Konferenzzeit mit etwa 400 vorgesehenen Sitzungen nicht ausreichen würden, über das Stadium der unverbindlichen Debatte hinaus zur Ausarbeitung unterzeichnungsreifer Abkommen zu gelangen. Diejenigen, die trotz aller Proklamationen hoffen, daß letztlich alles beim alten bleiben möge, sehen hierin natürlich ihre große Chance. Die Entwicklungsländer aber drängen darauf, daß die zweite Welthandelskonferenz nicht ein bloßes Diskussionsforum bleibt. So wurden für die verschiedenen Probleme sofort fünf Hauptausschüsse eingesetzt:

Der Hauptausschuß I (Commodity Problems and Policies) behandelt Rohstoffabkommen, Operation und Finanzierung von Buffer Stocks sowie Probleme des Wettbewerbs mit synthetischen Ersatzstoffen.

Der Hauptausschuß II (Expansion and Diversification of Exports and Manufactures and Semi-Manufactures) befaßt sich mit den Themen Zollpräferenzen für Waren aus Entwicklungsländern, Abbau von Zöllen und Kontingenten der Industrienationen, Ausdehnung „vertikaler Präferenzsysteme“ zu einem globalen System.

Zum Aufgabenkreis des Hauptausschusses III (Growth, Development Finance and Aid) gehören: Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer, Neugestaltung der Vergabegrundsätze für Entwicklungskredite (Abbau von Liefer- und Projektbindung, Kredite zu niedrigeren Zinssätzen, längere Laufzeiten und Verlängerung der tilgungsfreien Zeit), Steigerung der Entwicklungshilfeleistungen, Mobilisierung des internen Potentials der Entwicklungsländer, Ausgleichsfinanzierung bei Schwankungen der Exporterlöse, Ausdehnung der Ziehungsrechte der Entwicklungsländer beim Internationalen Entwicklungsfonds.

Im Hauptausschuß IV (Problem of Developing Countries in Regard

to Invisibles Including Shipping) soll über Praktiken der Schifffahrtskonferenzen, Erweiterung der Handelsmarinen der Entwicklungsländer, Ausbau von Hafenanlagen u. a. verhandelt werden.

Im Hauptausschuß V (Trends and Problems in World Trade) soll schließlich überprüft werden, wie weit die Empfehlungen der ersten Welthandelskonferenz verwirklicht wurden. Außerdem sollen Probleme des Ost-West-Handels und die Ausweitung des Handels zwischen den Entwicklungsländern durch Vereinbarung regionaler Wirtschaftsgemeinschaften besprochen werden.

In allen Ausschüssen wird zunächst überprüft, welche Fortschritte seit der Genfer Konferenz im Jahre 1964 erzielt worden sind. Da das Ergebnis sehr mager ist, beherrschen nun die Forderungen der Entwicklungsländer die Konferenz. Die Zusammenstellung dieser Forderungen — die Charta von Algier — wird von Vertretern aus den Industrienationen allerdings geringschätzig als „shopping list“ bezeichnet.

Unterstützung der Entwicklungshilfe durch Selbsthilfe

Doch sollte man bei aller Konsternation über das Ausmaß dieser Forderungen nicht übersehen, daß die Entwicklungsländer voll anerkennen, daß die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder primär ihre eigene Aufgabe ist. So betonte der Generalsekretär der Konferenz, Raúl Prebisch, in seiner Eröffnungsansprache, daß es gesteigerter Anstrengungen der Entwicklungsländer bedürfe, um die Hilfe von außen wirkungsvoll zu unterstützen: Agrarreformpläne müssen verwirklicht, privilegierte Klassen gebührend besteuert und realistische Programme zur Familienplanung durchgeführt werden. Darüber hinaus ist eine Änderung überbewerteter Wechselkurse notwendig. Gleichzeitig muß die Inflation gestoppt, die Privatinitiative mobilisiert und die staatliche Planung verbessert werden.